

*„Die berufspraktische
Ausbildung ist
nirgendwo in der Welt
besser organisiert
als in Deutschland.“*

Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des deutschen Bundestages



Verleihung des
Georg-Schulhoff-Preises 2011
an Prof. Dr. Norbert Lammert

Verleihung des
Georg-Schulhoff-Preises 2011
an Prof. Dr. Norbert Lammert,
Präsident des deutschen Bundestages

Laudatio: Peer Steinbrück

anlässlich des Herbstempfangs der Handwerkskammer Düsseldorf
am 17. November 2011

Information / Dokumentation 7/11

Schriftenreihe:
Information und Dokumentation 7/2011

Herausgeber:
Handwerkskammer Düsseldorf

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:
Christoph Filla

Script und Grafik:
Andreas Babel

Fotos:
Winfried Meyer

ISSN 0178-7012

Zum Geleit

Seit 1985 lobt der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung den Georg-Schulhoff-Preis aus. Gewürdigt werden mit dem Preis besondere Verdienste um die Förderung der beruflichen Bildung.

Träger des Georg-Schulhoff-Preises 2011 ist Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der in seiner Zeit als Staatssekretär im Bundesbildungsministerium bedeutende Akzente für eine Neuformierung der Bildungspolitik gesetzt hat. Dies gilt insbesondere für seinen Einsatz gegen die gravierende Ungleichbehandlung bei der Ausbildungsfinanzierung von Meisterschülern im Vergleich zu Studenten. Seinem großen Engagement ist maßgeblich das Zustandekommen des als „Meister-BAFÖG“ bekannten Ausbildungsförderungsgesetzes zu verdanken. Darauf Bezug nehmend unterstrich der Bundestagspräsident mit besonderem Nachdruck die stabilisierende Funktion der praktischen beruflichen Bildung für die deutsche Wirtschaft. Sie gehört „zu den kostbarsten Erbschaften, die dieses Land übernommen und an künftige Generationen weiterzugeben hat“, so der Preisträger.

Die Laudatio auf den Träger des Georg-Schulhoff-Preises 2011 beim Herbstempfang unserer Kammer am 17.11.2011 hielt der ehemalige Ministerpräsident des Landes NRW und Bundesfinanzminister a.D., Peer Steinbrück, seines Zeichens selbst vormaliger Träger des Georg-Schulhoff-Preises.

Sofern man den Reaktionen unserer rund 400 Gäste bei diesem Anlass Glauben schenken will – und wir wollen und tun es gern – stellte dieser Abend zweifelsohne in mehrfacher Hinsicht ein „Highlight“ in der Geschichte der Handwerkskammer Düsseldorf dar.

Außer der Preisverleihung war Gegenstand unseres Herbstempfangs auch der Übergang in der Hauptgeschäftsführung der Handwerkskammer Düsseldorf von Dr. Thomas Köster (bis 30.11.2011) auf Dr. Axel Fuhrmann (ab 01.12.2011). Dies ist ein Ereignis, das für die Kammer eine wichtige Wegmarke bedeutet, die festgehalten sein will.

Gerne kommen wir mit der hier vorliegenden Dokumentation dem von vielen Seiten an uns herangetragenen Wunsch nach einer Veröffentlichung der anlässlich dieses Ereignisses gehaltenen Ansprachen nach.

Düsseldorf, im November 2011
Handwerkskammer Düsseldorf



Prof. Wolfgang Schulhoff
Präsident

Dr. Thomas Köster

Meine Damen und Herren!

Die Ankunft des Bundestagspräsidenten verzögert sich etwas. Deswegen schlage ich vor, dass wir das, was hier musikalisch anwesend ist, zum Einsatz bringen. Sind Sie damit einverstanden?

(Heiterkeit und Beifall)

Bitte sehr.

(„Take Five“)
(„Cheek To Cheek“)
(„In Walked Bud“)
(Beifall)

Professor Wolfgang Schulhoff

Sehr verehrter, lieber Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert! Sehr geehrter, lieber Herr Bundesfinanzminister a. D. – es fällt mir schwer, aber es ist so –

(Heiterkeit)

Steinbrück! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen des Vereins zur Förderung der beruflichen Bildung e. V. – Stiftung Georg-Schulhoff-Preis und im Namen der Handwerkskammer Düsseldorf heiße ich Sie zum Treffpunkt Handwerk 2011 hier in diesen Räumen herzlich willkommen.

Ich freue mich, wieder so viele Ehrengäste aus Politik und Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, Verwaltung und Medien begrüßen zu dürfen. Es ist überwältigend, wenn man von hier oben bis nach hinten blicken kann. Das hatten wir selten; das gebe ich unumwunden zu.

(Heiterkeit)

Sie zeigen damit, dass das Handwerk nicht nur als Wirtschaftszweig, sondern auch als Gastgeber eine gute Adresse ist. Die Fülle der Ehrengäste macht es mir allerdings unmöglich, sie alle hier namentlich zu begrüßen, obwohl sie alle es verdient hätten.

Ich gehe davon aus, dass es auch in Ihrem Sinne ist, dass ich nur zwei Persönlichkeiten gleich namentlich ansprechen werde.

Wie Sie alle wissen, steht die Verleihung des Georg-Schulhoff-Preises im Mittelpunkt unseres heutigen Abends. Seit 1985 zeichnen wir Persönlichkeiten aus, die sich durch ihr außergewöhnliches Engagement in vorbildlicher Weise für die berufliche Bildung eingesetzt haben. Ganz herzlich begrüße ich den diesjährigen Preisträger, Herrn Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.

(Beifall)

Lieber Herr Bundestagspräsident, herzlichen Glückwunsch nachträglich zu Ihrem Geburtstag, den Sie gestern feierten.

(Beifall)

Für die Handwerkskammer Düsseldorf, für das gesamte Handwerk und natürlich auch für mich persönlich – und das sage ich mit großem Nachdruck – ist es eine große Freude und Ehre, dass Sie diesen Preis angenommen haben. Also nochmals herzlich willkommen!

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Hinweis. Ich fand es hervorragend, ja direkt befreiend, dass Sie in der wichtigen Debatte um den Euro-Rettungsschirm auch zwei Abweichler zu Wort kommen ließen.

(Beifall)

Damit haben Sie der Würde des Parlamentes einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

(Beifall)

Zurückblickend kann ich nur sagen: Auch ich hätte mir solch einen Präsidenten gewünscht – bei einer anderen Debatte –,

(Heiterkeit)

der mit solch einer Souveränität sein Handwerk beherrscht.

Ganz besonders freue ich mich natürlich auch darüber, dass wir für die heutige Laudatio Herrn Peer Steinbrück gewinnen konnten, dass er spontan zugesagt hat und dass er auch erschienen ist. Lieber Herr Steinbrück, Sie sind uns gut bekannt, und zwar nicht nur aus Ihrer Zeit als Ministerpräsident des Landes, sondern auch als Preisträger des Georg-Schulhoff-Preises. Das war die erste Aufgabe, die mir oblag. Ich habe es eben gesagt: Ich wurde gerade gewählt, und dann hatte ich Sie als Preisträger.

Ich musste antworten, und man hat mir aufgeschrieben, was ich alles Kritisches sagen sollte. Das habe ich dann nicht vorgetragen. Denn Sie haben mir damals sehr gefallen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, wir alle sind natürlich brennend daran interessiert, baldmöglichst unsere beiden Ehrengäste zu hören. Aber das geht nicht. Denn vor dem Vergnügen kommt die Arbeit. Sie werden es mir daher nachsehen, dass ich mit einigen Worten etwas zur aktuellen Situation des Handwerks sagen muss. Das muss ich machen, und das tue ich auch gerne.

Ich kann Sie beruhigen: Ich werde die gute Stimmung nicht trüben. Denn ich habe zunächst positive Nachrichten zu verkündigen.

Es hat sich wieder einmal erwiesen, dass das Handwerk gerade in unruhigen Zeiten ein stabilisierender Fels in der Brandung ist. Die Stimmung in unseren Betrieben ist gut. Die Auftragsbücher sind voll, und unsere Betriebsinhaber blicken – mehr oder weniger – zuversichtlich in die Zukunft. Aber nicht nur das Handwerk, ganz Deutschland zeigt derzeit Stärke. Während andere straucheln, boomt unsere Wirtschaft.

Und dies kommt nicht von ungefähr. Denn Deutschland hat seine Hausaufgaben vor der Krise weitgehend erledigt. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg war die Agenda 2010 der Regierung Schröder. Es war richtig, in der Sozialpolitik in Richtung „Fördern und Fordern“ umzusteuern. Die Früchte dieser Reform fahren wir jetzt ein; dies gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt. Sie, lieber Herr Steinbrück, waren einer der Wegbereiter dieser Reform, obwohl dies nicht immer zur Freude Ihrer Partei gewesen ist. Aber Sie kennen das ja: Prophezen im eigenen Land und in der eigenen Partei gelten wenig. – Aber seien Sie beruhigt: Qualität setzt sich immer durch.

(Beifall)

Ebenso wichtig war es, konsequent an der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu arbeiten. Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang ausdrücklich

den Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Denn sie haben eine vernünftige Lohnpolitik mitgetragen. Das hat geholfen, uns international wieder konkurrenzfähig zu machen.

Ein weiterer stabilisierender Faktor ist unser dreigliedriges Bankensystem. Vor allem auf unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken können wir stolz sein. Ich will natürlich auch einige Privatbanken mit einschließen. Diese sind der Casino-Mentalität nämlich nicht alle verfallen. Ihre Geldpolitik orientierte sich meistens an der Realwirtschaft und nicht an grenzenloser Gewinnmaximierung, um die Bilanzen möglichst groß auszustatten.

Die letzten drei Jahre haben eindrucksvoll gezeigt: Allen Unkenrufen zum Trotz ist Deutschland krisenfest – und ich hoffe, dass das auch so bleibt. Aufgrund dieser Faktenlage frage ich mich, warum sich die europäische Politik nicht mehr an diesem Best-Practice-Beispiel orientiert. In der Praxis macht Brüssel meist das Gegenteil.

Bleiben wir bei den Banken. Gerade die Banken, die bisher Träger der Stabilität waren, sollen nun stärker belastet werden. Ich denke an Basel III. Hier gehen wir an den wirklichen Problemen, die wir haben, vorbei, nämlich der Stabilisierung der Finanzmärkte. Wir müssen das viel stärker differenzieren. Ja, ich bin für Eigenkapital. Aber man muss sehen, wem wir Eigenkapital und höhere Eigenkapitalquoten zumuten. Das wird heute völlig undifferenziert gemacht. Das ärgert mich – vor allem, wenn ich daran denke, dass die wirklich großen Probleme des Finanzsektors immer noch nicht gelöst sind. Und es macht mich wütend, dass die Verursacher der letzten Finanzkrise dies wieder gnadenlos ausnutzen. Das Casino ist längst wieder geöffnet. Es wird längst wieder gezockt, als hätte es die Krise niemals gegeben.

Hier zeigt sich Europa ebenso hilflos wie bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise. Obwohl hier in letzter Zeit einiges in Bewegung geraten ist – gerade in den letzten zwei Tagen, aber das soll sich ja erst in einigen Jahren niederschlagen –, mangelt es

an einem wesentlichen Strukturelement einer Wettbewerbswirtschaft, nämlich dem Prinzip der Haftung, und ich meine auch die persönliche Haftung. Das ist das A und O auch bei den Banken. Darauf haben Sie erst heute, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert, in einem beeindruckenden Interview in der „Rheinischen Post“ hingewiesen; wir haben das mit großem Wohlwollen zur Kenntnis genommen.

Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass diejenigen, die den Nutzen haben, auch für den Schaden aufkommen müssen. Wir können doch nicht den Nutzen privatisieren und den Schaden sozialisieren! Das kann so doch nicht weitergehen. Insofern müssen wir hier klare und deutliche Richtlinien auch international weiter durchsetzen. Nur ein kleiner Hinweis: Hätten die Ratingagenturen – ich meine diese drei berühmten – für ihr krisenverschärfendes und verantwortungsloses Verhalten in der Subprimekrise haften müssen, dann gäbe es sie längst nicht mehr. Hätte es das Prinzip der Haftung gegeben, hätten sie sich auch anders verhalten. Das sieht man in vielen Bereichen.

(Beifall)

Es wäre eine abendfüllende Veranstaltung, das europäische Krisenmanagement in dieser Frage zu diskutieren. Nur eines: Wir haben schon zu viel Zeit verspielt, und das hat Milliarden gekostet. Vielleicht nur noch so viel zu diesem Thema: In Sachen Euro-Rettung müssen wir uns endlich von dem Totschlagargument befreien, es gehe hier um Krieg und Frieden. Das vernebelt nur den Blick auf die wirklichen ökonomischen Sachzwänge. Wir müssen uns befreien von dem Irrglauben, die gemeinsame Währung sei unser europäischer Integrationsmotor. Das ist falsch. Das war falsch. Und das wird auch falsch bleiben.

Wenn wir weiter wie bisher einen permanenten Zickzackkurs steuern und nicht endlich die eigentlichen Ursachen der Euro-Krise konsequent anpacken, dann kann in der Tat vieles ökonomisch passieren; das ist selbstverständlich. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich will den Euro nicht schwächen. Wir haben ihn, und wir müssen ihn behalten. Wir müssen ihn stärken, und

darum geht es. Und wir müssen ihn auch sichern. Das ist die Kernaufgabe, die hier ansteht, obwohl ich einer derjenigen war, die von Anfang an dagegen waren. Denn die Struktur fehlt. Aber die Fakten sind so, und die Fakten muss man ins Auge nehmen.

Angesichts dieser Gefahr sollten wir uns endlich darauf besinnen, dass Europa nicht nur auf schnödem Mammon basiert, sondern dass Europa ein viel breiteres Erbe in sich trägt: nämlich eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur, ein gemeinsames Wertefundament und nicht zuletzt auch die verbindende und bindende Absicht der Völker, in Frieden zusammenleben zu wollen.

Ja, wir brauchen Einheit in Europa. Aber wir brauchen Einheit in Vielfalt. Das muss hier gesehen werden. Nur auf dem wichtigsten Gebiet, wo Einheit erforderlich gewesen wäre, nämlich bei der Wirtschafts- und Währungsunion, haben wir seit zehn Jahren kläglich versagt.

Was dagegen macht die real existierende Europäische Union? – Gefangen im Wahn der Gleichmacherei, mischt sie sich in Dinge ein, in die sie sich nicht einmischen sollte, und dabei zerstört sie oft gut funktionierende, tradierte Systeme, wie z. B. das System der dualen Berufsausbildung. Deshalb komme ich auch darauf: Wir wollen heute schließlich bei der Berufsausbildung in Deutschland bleiben. Wir alle wissen, dass die deutsche Wirtschaft so stark ist, weil sie über ein großes Reservoir hervorragend qualifizierter Meister und Facharbeiter verfügt. Diese qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser Trumpf. Sie sind das Ergebnis der Ausbildung im dualen System. Ich zitiere: „Die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft beruht wesentlich auf der Qualität unseres Handwerks.“ – Das stammt von keinem Geringeren als von Norbert Lammert, und ich konnte es heute in der Rheinischen Post lesen.

(Beifall)

Nur in Brüssel scheint diese Botschaft nicht angekommen zu sein. Deshalb hat der Rat der Europäischen Union der Bundesregierung in diesem Sommer ein sogenanntes Reformprogramm ans Herz

gelegt. Ich meine, wenn es vom Rat der Europäischen Union kommt, muss die Bundesregierung daran mitgewirkt haben. Daher müssen wir prüfen, inwieweit sie involviert war. Wenn man dies jedoch umsetzt, gefährdet man die Grundlagen unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Stabilität. Mit einem Griff in die bildungspolitische Mottenkiste wird Deutschland aufgefordert, seine Studentenquote zu erhöhen. Das hört sich gut an. Diese Forderung kennen wir von der OECD, aber sie wird durch permanente Wiederholung nicht richtiger. Der Fortschritt eines Landes hängt doch nicht alleine von der Zahl der Abiturienten und Hochschulabsolventen ab. Das ist doch ein Irrglaube. Genauso ist es ein Irrglaube, dass der Mensch erst mit dem Abitur beginnt. Das haben wir hier viel zu lange betrieben.

(Beifall)

Ganz konkret dagegen hat die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland dank unserer Ausbildungssysteme einen rekordverdächtig niedrigen Stand erreicht, obwohl mir das immer noch zu viel ist. Immerhin liegt sie immer noch bei 8,5%. Natürlich ist das noch zu viel. Daran muss weiter gearbeitet werden. In Großbritannien jedoch liegt sie bei 20%, in Frankreich bei 23%, in Italien bei 28% und in Spanien sogar bei über 40%. Und all diese Länder haben eine höhere Abiturienten-Quote als wir. Das muss doch Leuten zu denken geben, wenn sie über die Ausbildung reden. Trotzdem sollen wir uns laut EU diese Länder zum Vorbild nehmen.

Die Brüsseler Mächtigen-Vereinfacher sollten endlich ihren Elfenbeinturm verlassen und sich mit der deutschen Ausbildungsqualität befassen. Das wäre ein gutes Beispiel, um ihre Länder ein bisschen aufzumöbeln, anstatt Vorschriften zu machen, die nur in einen Engpass hineinführen.

Nochmals: Fest steht: Wer das duale System der beruflichen Bildung und die Finanzierungskultur unseres Landes angreift, der gefährdet die wirtschaftliche Stärke und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

(Beifall)

Das kann doch niemand ernsthaft wollen. Die Bundesregierung und vor allem unsere Europa-Politiker müssen endlich in die Gänge kommen. Sie

müssen Klartext reden und korrigierend eingreifen. Denn das ist das real existierende Europa.

Natürlich müssen wir auch vor der eigenen Haustüre kehren. Gerade erst hat die Kultusministerkonferenz wieder einmal bewiesen, dass auch sie immer noch in den Schützengräben längst vergangener Bildungskämpfe sitzt. Ich meine hier explizit die Entscheidung, das Abitur höher als die meisten dualen Ausbildungsabschlüsse im deutschen Qualifizierungsrahmen einzustufen. Mit dieser ganz eigenen Ansicht steht die Kultusministerkonferenz meiner Meinung nach alleine da, während alle anderen an diesem Prozess beteiligten Akteure die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die Bundesregierung, die Wirtschaftsministerkonferenz, aber auch die Sozialpartner und die Wirtschaftsorganisationen haben sich einmütig für eine gleichwertige Einstufung von Abitur und dualer Berufsausbildung ausgesprochen. Das war ein gemeinsamer Konsens in Deutschland.

(Beifall)

Gerade das Handwerk hat lange für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Ausbildung gekämpft. Den jüngsten Vorstoß der Kultusministerkonferenz sehen wir deshalb als Generalangriff auf das duale Ausbildungssystem in Deutschland an. Sollte sich die Kultusministerkonferenz durchsetzen, dann droht ein massiver Attraktivitätsverlust für die duale Ausbildung, mit nachhaltigen negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Gerade das Gegenteil wollen wir doch mit unserer großen Imagekampagne erreichen: Warum machen wir das überhaupt? – Wir machen das, um jungen Menschen zu zeigen, dass sie eine Chance haben – eine Chance für ihr Leben. Ich habe es doch selbst an den Hochschulen erlebt, wie viele Abgänger wir haben: 27 Prozent haben ihr Ziel nicht erreicht. Die haben dann gar keine Ausbildung. Also, sie sollten es doch im Handwerk versuchen. Wir haben doch Durchlässigkeit im System. Wenn man eine Lehre gemacht und die Meisterprüfung abgelegt hat, dann kann man studieren. Man kann Module erwerben, die ein verkürztes Studium ermöglichen. Wir bieten alles. Aber man muss den jungen Menschen erst einmal zeigen, welche Möglichkeiten sie haben.

Auch hier gilt im Grunde genommen: Wir bieten hier in Deutschland ein Konzept an, um das uns die ganze Welt beneidet. Es kommen viele Menschen aus aller Welt zu uns und schauen sich an, wie wir als Deutsche ausbilden. Wer das Konzept angreift, der braucht sich um den Fachkräftemangel keine Gedanken mehr zu machen. Den haben wir dann auch. Und das ist eine der größten Schwierigkeiten, vor denen wir stehen. Wir haben genug Akademiker. Auch hier kommt es, verehrte Magnifizenzen – wir haben ja zwei hier sitzen –, natürlich darauf an, wen wir ausbilden. In den MINT-Fächern brauchen wir Nachwuchs. Natürlich müssen wir uns hier anstrengen. Aber wir müssen sehr differenziert eine Lenkung vornehmen, damit wir hinterher nicht nur noch akademisch ausgebildete Taxifahrer in Deutschland haben, wie es in einigen Ländern der Fall ist.

(Beifall)

Das kann doch eigentlich niemand wollen. Deshalb meine Mahnung an die Bildungstheoretiker: Kommen Sie bitte zur Realität, zur Praxis zurück.

Auf ihrem Parteitag am vergangenen Wochenende hat die FDP, die sich hin und wieder bemerkbar macht,

(Heiterkeit)

einem Antrag zugestimmt, die Kultusministerkonferenz abzuschaffen. Wo sie recht hat, hat sie recht. Aber es wird nicht klappen.

(Heiterkeit)

Man sollte eines machen: Man sollte die Damen und Herren der Kultusminister-Konferenz zur Besinnung rufen. Darum bitte ich alle, die in diesem Raum sitzen! Wir haben so viele „Opinion Leader“, wie es so schön heißt! Sie sollten ihren Einfluss geltend machen. Ich denke an unsere beiden Redner, die an vorderster Stelle – vielleicht demnächst an noch vorderer Stelle – hier in Deutschland tätig sind und deren Wort in unserem Land etwas gilt.

Versuchen wir gemeinsam, die Basis des Handwerks zu stärken. Denn ohne ein funktionierendes Handwerk haben wir keine funktionierende Wirtschaft. Das ist es, worum ich Sie bitten wollte, und damit bin ich am Ende.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf unsere beiden nächsten Redner.

(Starker Beifall)

Peer Steinbrück

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Herr Lammert! Sehr geehrte Frau Lammert! Sehr geehrter Herr Schulhoff! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst für die Ehre bedanken, dass ich ausgeguckt worden bin, die Laudatio auf Herrn Lammert zu halten. Das freut mich sehr. Es freut mich ebenso, dass ich viele bekannte und vertraute Gesichter aus vergangenen gemeinsamen Begegnungen und Zeiten sehe. Ich bin gerne hier. Ich kann mich an die eigene Preisverleihung 2006 sehr gut erinnern. Ich bedanke mich noch einmal auch für die freundlichen Worte, die Sie auf mich gesprochen haben, Herr Schulhoff. Gelegentlich hatte ich den Eindruck: Noch ein Satz mehr von Ihnen, und ich bin politisch mausetot.

(Heiterkeit)

Meinem Büro ist von dem Veranstalter inständig gesagt worden, dass Steinbrück nicht länger als 40 Minuten reden solle.

(Heiterkeit)

Das hat mich etwas belustigt, als ich in dem Programm feststellte, dass der Preisträger nur 25 Minuten haben sollte. Sie können sich also darauf verlassen, dass ich aus einem protokollarischen Stilempfinden und aus Respekt vor dem Preisträger nicht länger reden werde als er, wohl wissend, dass solche Versprechen von Politikern sehr häufig verhallen.

(Heiterkeit)

Denn die haben eine besonders intensive Beziehung zum Mikrofon und reden meistens länger als vorgesehen. Ich kenne einen Politiker, der sich auch nicht an die 20 bis 25 Minuten hielt, bis er merkte, dass erst die hinteren Reihen und dann die mittleren Reihen den Saal verließen. Um es kurz zu machen: Ganz zum Schluss saß nur noch ein einziges Männchen in der ersten Reihe. Erst daraufhin

war dieser Redner etwas irritiert. Er brach seine inzwischen 60-minütige Rede ab und fragte diesen Mann, warum er noch hier sitze.

(Heiterkeit)

Daraufhin bekam er die Antwort: Ich bin derjenige, der nach Ihnen reden soll.

(Heiterkeit und Beifall)

Stellen Sie sich vor, was mir, wenn mir das heute passieren würde, dann im Deutschen Bundestag blühen würde, wenn hinter mir der Präsident Norbert Lammert säße.

Sehr geehrter Herr Lammert, der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung e. V. – Stiftung Georg-Schulhoff-Preis verleiht Ihnen heute jenen Preis für Initiativen zur Unterstützung und zur Förderung der beruflichen Bildung. Der Preis zeichnet hervorragende Verdienste um die Förderung der beruflichen Bildung im politischen, publizistischen, wissenschaftlichen und berufspraktischen Bereich aus. Und ich bin mir ganz sicher: Der Preis ehrt Sie, aber die Tatsache, dass eine Jury Sie zum Preisträger erhoben hat, ehrt auch den Preis angesichts Ihrer Persönlichkeit und Ihrer öffentlichen Wirkung. Sie erhalten diesen Preis als Dank und Anerkennung für Ihren Einsatz für das Handwerk ganz allgemein. Ich füge in Kenntnis einiger Teile Ihrer persönlichen Biografie hinzu: Es ist auch nicht so ganz verwunderlich, dass Sie als Sohn eines Bäckermeisters dem Handwerk so verbunden sind. Aber in der Tat: Norbert Lammert setzt sich bereits seit Jahrzehnten sehr spezifisch für die Gleichbehandlung des Themas ein, das Herr Schulhoff gerade angedeutet hat, nämlich der Gleichbehandlung von allgemeiner, akademischer und beruflicher Bildung – oft auch gegen Widerstände, wie ich weiß.

Sie, Herr Lammert, haben sich insbesondere für ein Projekt starkgemacht, das den unwiderstehlichen Namen „Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“ hat. Das liegt daran, dass Politiker solchen Gesetzen immer einen Namen geben, der mindestens zehn Silben hat.

(Heiterkeit)

Das ist so ähnlich wie bei „Finanzmarktstabilisierungsänderungsgesetz“

(Heiterkeit)

oder „Finanzmarkttransaktionssteuer“. Das versteht kein Mensch. Aber wenn ich Ihnen sage, dass eine Finanzmarkttransaktionssteuer eine schlichte Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist, dann verstehen Sie, die unter 19% leiden, das allemal. Allerdings ist bei dieser Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte nicht an einen Mehrwertsteuersatz von 19% oder den reduzierten von 7% gedacht, sondern von sage und schreibe 0,05%, was aber bei den Volumina der Finanzgeschäfte in Deutschland durchaus einen zweistelligen Milliardenbetrag ausmachen könnte. Dies ist aber nicht das Thema.

Die umgangssprachliche Übersetzung dieses Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, das durch die maßgebliche Unterstützung von Herrn Lammert zustande gekommen ist, heißt schlicht und einfach „Meister-BAföG“. Das verstehen in diesem Saal alle. Mit diesem Instrument wird ein individueller Rechtsanspruch auf die Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen begründet. Das Meister-BAföG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung und stärkt damit ganz entscheidend die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses, der angesichts unserer demografischen Entwicklung, die auch von Herrn Schulhoff angedeutet wurde, ein drängenderes Problem denn je wird. In Kraft getreten ist dieses Gesetz 1996 in einer Legislaturperiode – soweit ich mich erinnere, Herr Lammert –, in der die Regierung sehr vorsichtig in der Verabschiedung von Leistungsgesetzen gewesen ist. Dieses war eines der wenigen, und wenn mich nicht alles täuscht, dann war es vielleicht sogar das einzige Leistungsgesetz, das in dieser Legislaturperiode verabschiedet wurde.

Wie dem auch sei: Der Einsatz ist höchst erfolgreich gewesen. Das Gesetz wurde in seinem Anwendungsbereich sogar 2009 erweitert, und im Jahre 2010 lag die Förderung insgesamt bei fast 170.000 Personen. Damit steigen im dritten Jahr in Folge die geförderten Zahlen sehr deutlich, und die insgesamt ausgegebenen Förderleistungen betragen ziemlich genau 520 Millionen €. Das ist in der Tat eine erstaunliche Erfolgsgeschichte, für die

Sie maßgeblich verantwortlich sind und Ihnen deshalb die Anerkennung zu Recht zugestanden worden ist.

Ich weiß, dass das Handwerk die hohen Lieder, die am Sonntag auf die Bedeutung des Handwerks gesungen werden, meistens als etwas störend empfindet, solange nicht von Montag bis Freitag diesen hohen Lobgesängen auch entsprechende Taten folgen. Ich glaube, Sie zeichnen heute einen Preisträger aus, der in der Tat bewiesen hat, dass er diese Wertschätzung des Handwerks auch in der täglichen Arbeit von Montag bis Freitag teilt.

Herr Schulhoff war in seinem Vortrag auf einer Spur, die ich gerne aufgreifen möchte und die durchaus etwas mit dem Handwerk zu tun hat. Ich denke daran, dass Deutschland aus der Entwicklung der letzten drei oder vier Jahre einer krisenhaften Zuspitzung sehr viel besser gekommen ist als andere europäische Länder. Das liegt an einer Reihe von Faktoren. Einige wenige haben Sie angeeutet. Ich will dies gerne fortsetzen.

Ich glaube, es spielt nach wie vor eine Rolle, dass sich Deutschland nicht in dem Ausmaß deindustrialisiert hat wie andere Länder, sondern industrielle Kapazitäten und damit verbunden auch Systemlösungen nach wie vor in einer Qualität wie nur wenige europäische Konkurrenten anbietet. Damit hat Deutschland auch ein industrielles Know-how aufrechterhalten und fortentwickelt. Denjenigen, denen das zu wenig konkret ist, will ich zurufen, dass nach wie vor ungefähr 25% der deutschen Wirtschaftsleistung jährlich von dieser deutschen Industrie plus zugeordneten produktionsorientierten Dienstleistungen erbracht werden. Die vergleichbare Zahl beträgt im Fall des Pioniers der industriellen Revolution, nämlich dem Vereinigten Königreich, höchstens 12 bis 13%. Und im Fall der USA ist es nicht viel besser. Und im Fall von Frankreich liegt sie sogar niedriger, nämlich bei 10 oder 11%. Das heißt, wir haben es dort mit Ländern zu tun, die erkennbar einer Deindustrialisierung einen Entwicklungsprozess haben folgen lassen, in dem ein bestimmter Zweig der Dienstleistungen über Gebühr

entwickelt worden ist und übrigens auch Know-how und Begabungen absorbiert hat. Ich meine den Finanzdienstleistungssektor.

Ich will sagen: Die Bedeutung, die Finanzdienstleistungen haben, die der Bankensektor insbesondere im angloamerikanischen Bereich hat, hat etwas mit dieser Entwicklung zu tun, und dies ist in Deutschland anders gelaufen. Deshalb bin ich ein deutlicher Verfechter davon, dass über die Industriepolitik, die wir betreiben, dieser wesentliche Anteil der Industrie an unserer jährlichen Wirtschaftsleistung erhalten wird.

Der zweite Faktor ist ein Fast-Alleinstellungsmerkmal, und da kommt das Handwerk ins Spiel. Das ist das breite und bedeutende Segment des Mittelstandes, zu dem unzweifelhaft das Handwerk zu zählen ist. Wahrscheinlich erbringt dieser Mittelstand ungefähr 70 bis 80% des Bruttosozialproduktes. Das Handwerk stellt bis zu 15% der Beschäftigten und sage und schreibe bis zu 30% der Ausbildungsleistungen, weshalb ich vermute, dass es ungefähr einen Jahresumsatz von 460 bis 470 Milliarden € hat. Zusammen mit denjenigen im gewerblichen Bereich mittelständisch tätigen Unternehmen waren sie in meinen Augen einer der wesentlichen Gründe dafür, warum wir aus den verschiedenen Phasen dieser Krise aus der Sicht von Ausländern wie „Alice im Wunderland“ herausgekommen sind.

Ein dritter Faktor spielt noch eine Rolle. Es ist auf dem Höhepunkt dieser Finanzkrise nicht zu einer Kreditklemme gekommen, und dies lag maßgeblich an dem dreisäuligen deutschen Kreditwesen. Ich will der Versuchung nicht folgen, darauf einzugehen, wie die drei Säulen, Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen, den Mittelstand jeweils definieren. Richtig ist, dass insbesondere der Genossenschaftsbankensektor und die öffentlich-rechtlichen Sparkassen auf dem Höhepunkt 2009 mit dazu beigetragen haben, dass es nicht zu einer Kreditklemme gekommen ist, weshalb ich glaube, dass wir ein hohes Interesse haben, gelegentlichen Anwürfen gegen dieses dreisäulige

deutsche Kreditwesen insbesondere aus Brüssel eine klare deutsche Interessenposition entgegenzusetzen.

(Beifall)

Wie Sie gemerkt haben, habe ich mit einem gewissen rhetorischen Trick die Landesbanken nicht erwähnt.

(Heiterkeit)

Dabei soll es auch bleiben.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ein vierter Faktor – auch dieser spielt dabei eine Rolle – sind die Tarifvertragsparteien, und es freut mich, dass dabei von Herrn Schulhoff durchaus lobende und anerkennende Worte über den Beitrag, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften zu dieser Entwicklung der letzten zehn Jahre geleistet haben, gefallen sind. Gelegentlich darf darauf in öffentlichen Reden ein Akzent gesetzt werden. Das Ergebnis sind deutlich gesunkene Lohnstückkosten. Der Punkt ist nur, dass diese Entwicklung auch eine weniger bunte oder hell aufblinkende Farbe hat, nämlich die Tatsache, dass die realen Löhne von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den letzten 10 bis 15 Jahren nicht gestiegen, sondern eher gefallen sind oder stagnieren und dass sich damit die Kaufkraft und damit die inländische Nachfrage keineswegs so entwickelt hat, wie sich das vielleicht auch diejenigen, die Handwerksleistungen anbieten, gewünscht hätten. Das ist die andere Seite der Medaille.

Einen letzten Faktor will ich vielleicht aus einem Eitelkeitstrip heraus hinzufügen. Die Politik hat nicht so viele Fehlentscheidungen getroffen, wie Sie gelegentlich in Abwesenheit von Politikern diskutieren.

(Heiterkeit)

Das gilt auch für die Steuerpolitik. Ob Sie Personengeschafter sind oder ob Sie eine GmbH gegründet haben: Die Steuerbelastung ist jedenfalls in der Rückbetrachtung der vergangenen zehn Jahre nicht das Hauptproblem. Ich wäre bereit, mit Ihnen einig zu laufen, dass ganz andere Fragen vielleicht eher das Problem sind, z. B. die Komplexität des Steuerrechts, aber nicht die Höhe der Besteuerung.

Das sind jetzt aber eher Exkurse. Meine Ausführungen sollen schließlich der Hauptperson gelten, und Norbert Lammert versteht in der Tat etwas vom politischen Handwerk. Insofern steht er in der Tradition seines Vaters – nur in einem anderen Metier. Seit 1980 ist er Bundestagsabgeordneter, und als Parlamentarischer Staatssekretär hat er auch Erfahrungen in der Exekutive gesammelt. Er ist aber nicht nur ein Meister des politischen Handwerks, sondern er hat heute und seit einigen Jahren formal das zweithöchste Amt der Bundesrepublik Deutschland inne. Er gilt als brillanter Rhetoriker und als ein wichtiger politischer Querdenker, und nach meiner Definition sind Querdenker Leute, die das Geradeaus-Denken beherrschen.

(Heiterkeit und Beifall)

Er leitet dieses Amt des Bundestagspräsidenten ausgesprochen souverän, überparteilich, gelegentlich auch eigenwillig. Er wird von vielen für den Generalanwalt des deutschen Parlamentarismus gehalten. In einem Presseartikel, den ich las, ist ihm sogar der Titel zugeordnet worden, der Gralshüter der Demokratie zu sein. Der Punkt ist nur, dass dieser Gral nie gefunden worden ist, Herr Lammert.

(Heiterkeit)

Norbert Lammert hat sich Respekt und Hochachtung neben der politischen Kernarbeit, die er seitdem im Deutschen Bundestag geleistet hat, vor allem dank der Macht seiner Worte verschafft. Diese Macht der Worte ist ihm in diesem Amt zuge wachsen, und er wusste sie eindeutig zu nutzen. Ich zitiere aus dem Artikel eines Nachrichtenmagazins, das mit Blick auf sein Selbstbewusstsein darauf hingewiesen hat: Lammert hat die Chuzpe, ungefragt den Heiligen Vater zu beraten, er hat die Kraft, eine Bischofsdelegation schmoren zu lassen, und er kann die Bundeskanzlerin zur Weißglut bringen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es fehlen in dieser Aufzählung eigentlich nur noch der UN-Generalsekretär und der Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft.

(Heiterkeit)

In Lammerts Worten klingt das gelegentlich so: Ich habe eine gewisse Neigung zu und Freude an spitzen Formulierungen. – Und wer, wenn nicht ich, wüsste das nicht zu schätzen?

(Heiterkeit)

Dabei ist es keineswegs unbeabsichtigt, sondern er verfolgt mit seinen Interventionen und mit seinen Aktionen vor allem ein Ziel, nämlich die Stärkung des Parlamentarismus in Deutschland, der parlamentarischen Demokratie in einer sich rasant verändernden Welt, in der – und da bin ich ganz seiner Meinung – zunehmend auch entgrenzte, anonyme Märkte, Medien, insbesondere Talkshows und auch Fachkommissionen das hohe Tempo des politischen Prozesses mehr und mehr zu bestimmen suchen. Dies halte ich in der Tat für eine erhebliche Gefahr. Ich komme am Schluss meiner Bemerkungen noch einmal darauf zurück, inwieweit diese Entwicklung in den Medien und auf den Märkten mit ihren Eigengesetzlichkeiten und zunehmend auch die Delegation von zentralen Themen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Fachkommissionen zu einer Schwächung des Parlamentarismus, zu einem Ansehensverlust der Politik generell, geführt haben.

Dabei verfolgt er ein bemerkenswertes Leitmotiv, dem er in einem seiner Bücher ein ganzes Kapitel gewidmet hat. Er schreibt: Demokratie ist kein Verfahren zur Vermeidung von Streit, sondern zur Herbeiführung mehrheitlich getragener Lösungen. – Und damit weist er auf etwas hin, was gelegentlich in Deutschland sträflich unterschätzt wird, das nämlich der Kompromiss und die Bereitschaft zum Kompromiss ein wesentliches, ein konstitutives Element einer parlamentarisch verfassten Demokratie und einer offenen Gesellschaft sind.

Dieser Satz ist deshalb so wichtig, weil Kompromiss in Deutschland gelegentlich negativ konnotiert wird und insbesondere auch in der medialen Berichterstattung eher danach gefragt wird: Wer hat nachgegeben? Wer hat verloren? Wer hat 1:2 gespielt? Wer hat 2:2 gespielt? Wer hat 3:2 gespielt? – Also nach dem Motto: Es dauert nicht mehr lange, und die Suche nach dem Kompromiss taucht nicht mehr auf den politischen Seiten auf – vielleicht nicht einmal mehr im Feuilleton –, sondern auf den Sportseiten zu einer dritten Bundesliga. Der Kompromiss ist aber ein konstitutiver Bestandteil dieser offenen Gesellschaft und der parlamentarischen Demokratie,

und dem haben parlamentarische Prozesse dann auch zu dienen. Das heißt, die Auseinandersetzung auch zwischen Parteien mit unterschiedlichen Grundsatzpositionen darf nicht zu einem permanenten Belagerungszustand in unserer Gesellschaft führen.

Wenn Nobert Lammert merkt, dass etwas schief läuft, dass das Parlament ausgespart wird und dass es nicht informiert wird, dann wird er durchaus aufmüpfig und unbequem auch und vor allem – und das macht einen großen Teil des Respekts aus, den er über seine eigene Partei hinaus genießt – gegenüber der eigenen Bundesregierung. Ich zitiere: „Ärgerlich und zweifellos auch peinlich“ nannte er das langwierige Verfahren für ein neues Wahlrecht. Immerhin eine Woche nach diesen mahnenden Worten des Bundestagspräsidenten gab es einen entsprechenden Gesetzentwurf. Der Bundesregierung bescheinigte er im Ältestenrat des Deutschen Bundestages eine gewisse Wurstigkeit bei der Anwendung von Gesetzen.

Als in Südkorea die G-20-Parlamentspräsidenten zu einem Treffen zusammenkamen, war es der deutsche Bundestagspräsident, der ziemlich deutlich zu verstehen gegeben hatte, dass er sich für eine Defacto-Legitimierung von Scheinparlamenten nicht hergeben wolle. Das heißt, dass er auch auf der internationalen Bühne von Grundsatzüberzeugungen durchaus keinen Abstand genommen hat.

Herr Schulhoff wies darauf hin: Norbert Lammert ließ in einer wichtigen Debatte des Deutschen Bundestages zu Euro-Fragen in der Tat auch Abweichter der Koalition – vielleicht auch entgegen manchen Gepflogenheiten und Absprachen – sprechen. Das ist einen Beifall wert. Die einzige hinzuzufügende Fragestellung etwas kritischer Art ist die nach dem Zeitpunkt, an dem Sie diesen kritischen Abweichter die Gelegenheit zu sprechen gegeben haben.

(Heiterkeit)

Seine Sympathie für parlamentarisch abweichendes Verhalten hat vielleicht auch damit zu tun, dass er es selber früh geübt hat. Als junger Abgeordneter stimmte er nämlich in seiner Fraktion gegen

Amnestieregelungen in Parteipenden-Affären, und es brachte ihm durchaus die Kategorie „Abweichter“ ein. Insofern ist es vielleicht nachvollziehbar, dass er eine gewisse Sympathie für solche abweichenden Meinungen hegt.

Insgesamt ist wohl ein Zitat bezogen auf seine Person ganz zutreffend, das einer seiner früheren Parteifreunde geprägt hat, nämlich kein Geringerer als Rainer Barzel: „Wer etwas taugt, muss 30% der eigenen Leute gegen sich haben.“

(Heiterkeit und Beifall)

Dem Lächeln anderer anwesender Politiker entnehme ich, dass sie dasselbe fühlen.

Von den vielen sehr beeindruckenden Reden, die ich in Erinnerung habe, seit ich selber dem Deutschen Bundestag angehöre – nun als Abgeordneter; zuvor hatte ich die Ehre, auf der Regierungsbank zu sitzen –, sind mir aus der jüngsten Zeit zwei sehr unterschiedliche in besonderer Weise haften geblieben.

Die eine war seine Rede zur Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus Anfang dieses Jahres, am 27. Januar. In dieser Rede erinnerte Norbert Lammert sehr eindringlich an die Sinti und Roma, die lange als Opfer der Nazis vergessen worden sind, und mit Zoni Weisz sprach seinerzeit zum ersten Mal ein Vertreter der Sinti und Roma an diesem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag. Das war eine große und wichtige Geste.

(Beifall)

Die zweite Einlassung, an die ich mich erinnere und die ganz anderen Charakters gewesen ist – nicht nur humoristischen Charakters, sondern über diese humorvolle Formulierung, die Sie gleich hören, auch einen tieferen Sinn hatte –, sprach er bei seiner Wiederwahl zum Bundestagspräsidenten am 27. Oktober 2009, als er in Richtung der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten sagte:

„Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nach manchen Beschwerden, Debatten, Verhandlungen in der letzten Legislaturperiode möchte ich Sie darauf

aufmerksam machen, dass eine Übertragung der Konstituierung dieses Deutschen Bundestages im Hauptprogramm der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nicht stattfindet. Im Mittelpunkt des Vormittagsprogramms der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands steht heute Morgen die TV-Komödie ‚Schaumküsse‘.

(Heiterkeit)

Das Zweite Deutsche Fernsehen bringt statt einer Übertragung dieser Sitzung die 158. Folge der Serie ‚Alisa – Folge deinem Herzen‘,

(Heiterkeit)

gefolgt vom 36. Kapitel der Serie ‚Bianca – Wege zum Glück‘.

(Heiterkeit)

Das war mehr als ein Fingerzeig.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Lammert! Ich glaube, dass Sie dieses Amt in einer bemerkenswerten Souveränität ausführen und dass Ihre vielfältigen Reden Hinweise darauf geben, welche gesellschaftlichen Debatten wir sehr viel intensiver bemühen müssten. Damit möchte ich in die Schlusskurve kommen.

Sie selber werden gleich zu dem Thema „Der Staat. Die Wirtschaft. Die Ethik. Ansprüche und Erwartungen“ reden. Dies ähnelt ein bisschen den Themen, die wir gerade vor drei Tagen zusammen bei der Deutschen Nationalstiftung aufgegriffen haben, und ich will dazu einige wenige Schlussbemerkungen machen.

Das, was im Augenblick in Europa passiert, mit deutlichen Auswirkungen auf Deutschland, ist eine Entwicklung, von der ich manchmal den Eindruck habe, dass die damit verbundenen ökonomischen Kosten geringer sein könnten als die politisch-gesellschaftlichen Kosten. Warum? – Weil ich die Wahrnehmung habe, dass zunehmend viele Menschen den Eindruck haben, dass das Primat des Handelns, dass der Taktstock des Entscheidens über ihre gesellschaftlichen, ihre sozialen, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr bei demokratisch legitimierten Institutionen liegt, sondern bei völlig entgrenzten und anonymen Märkten, die erkennbar keinen

Spielregeln folgen. Damit entziehen sie der Politik, und zwar jedweder Farbenlehre, jedweder parteipolitischen Präferenz oder Sympathie, massiv Vertrauen. Das findet gerade statt. Wir erleben, dass wir über die Eskalation dieser Krise – von einer Bankenkrise über eine Konjunkturkrise und anschließend über eine Fiskalkrise zu einer Krise ganzer souveräner Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion – plötzlich eine Entwicklung haben, die auch unser Ordnungssystem infrage stellt.

Für die meisten von Ihnen gehörte zu diesem Ordnungssystem im Sinne der Freiburger Schule immer, dass Haftung und Risiko zusammenfallen. Haftung und Risiko fallen nicht mehr zusammen.

Für Sie gehörte es in Ihren ordnungspolitischen Vorstellungen – genauso wie in meinen – dazu, dass in der Tat diejenigen, die Risiken eingehen und Märkte einzuschätzen wissen, über ihre Leistungen, also die Herstellung entsprechender Produkte und Dienstleistungen, dann mit einem entsprechenden Gewinn belohnt werden, aber diejenigen, die sich verzocken, bestraft werden. Das heißt, es war völlig selbstverständlich, dass Gewinne privatisiert wurden, aber Verluste entsprechend dem Haftungsprinzip auch demjenigen zuzuordnen waren, der für diese Verluste verantwortlich war. Auch dies stimmt nicht mehr.

(Beifall)

Deshalb bin ich davon überzeugt – und ich glaube, das ist vielleicht ein Übergang zu dem nächsten Thema, ohne dass ich eine Vorstellung davon habe, welche Akzente Herr Lammert setzen wird –: Wir reden in der Tat über eine Renaissance des Politischen – nicht in manchen Befürchtungen, die Ihnen jetzt durch den Kopf gehen mögen, dass das Politische jetzt Überhand gewinnen und an die Stelle einer marktwirtschaftlichen Ordnung treten soll, aber jedenfalls so, dass Exzesse, die diese marktwirtschaftliche Ordnung infrage stellen können, verhindert werden können. Ich habe an anderer Stelle gesagt: Jede Übertreibung, jeder Exzess, jede krasse Benachteiligung schafft sich eine Antithese, schafft sich eine Gegenbewegung. Das ist ein philosophisches Gedankengut, das übrigens in mehreren Schulen vorkommt. Man kann es aristotelisch nennen. Man kann es jesuitisch nennen. Man kann es auch marxistisch nennen, im Sinne von These und Antithese.

Ich versuche, den Protagonisten insbesondere in Frankfurt beizubringen, dass sie sich vergegenwärtigen müssen, dass sie über ihr Verhalten, über den Mangel an Vorbildfunktion, über den verlorenen Sinn für Maß und Mitte eine solche Gegenbewegung möglicherweise erzeugen, die auch irrationale Züge annehmen kann und exakt dieses Ordnungs- und Gesellschaftssystem infrage stellen kann, das uns über die letzten 60 Jahre ein

erstaunliches Maß an Wohlstand, auch an sozialem Frieden und an sozialem Ausgleich gebracht hat. Deshalb haben wir mehr denn je eine gesellschaftspolitische Debatte auch über die Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft, auch über Kammern zu führen, wie wir auf der einen Seite wieder zu einer sehr stark wertorientierten Politik kommen und einen Kapitalismus jedenfalls so zähmen können – vielleicht ist das zu pathetisch –, jedenfalls so moralisieren können, dass er über die Möglichkeiten, Exzesse herbeizuführen, sich selber nicht infrage stellt und wir plötzlich ein ganz anderes Ordnungssystem bekommen, und wie wir auf der anderen Seite gemeinsam in Wirtschaft und Politik dazu beitragen können, dass der im Augenblick nach wie vor rasante Vertrauensverlust, dem Verantwortungsträger sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik ausgesetzt sind, wieder gestoppt werden kann.

Ich hoffe, Herr Lammert, dass das nicht völlig abwegige Worte im Übergang zu dem, was Sie sagen wollen, sind. Ich bedanke mich sehr für Ihre Geduld und gratuliere Ihnen noch einmal persönlich aufs Herzlichste.

(Beifall)

Professor Wolfgang Schulhoff

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einem der heutigen Höhepunkte. Ich darf die Urkunde verlesen:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, hat bedeutende Akzente für eine Neuformierung der Bildungspolitik gesetzt. In seiner Zeit als Staatssekretär im Bildungsministerium positionierte sich Dr. Norbert Lammert gegen die gravierende Ungleichbehandlung bei der Ausbildungsfinanzierung von Meisterschülern im Vergleich zu Studenten. Seinem großen Engagement ist das Zustandekommen des als MeisterBAföG bekannten Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes zu verdanken.“

Immer wieder ist Dr. Norbert Lammert in der öffentlichen Diskussion für die grundsätzliche Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung eingetreten. Das deutsche Handwerk fand hierbei in Dr. Norbert Lammert einen aufgeschlossenen und durchsetzungsstarken Partner. In Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die berufliche Bildung wird Herrn Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB der Georg-Schulhoff-Preis 2011 verliehen.“

Ich bin glücklich und froh, dass ich ihm diesen Preis jetzt überreichen darf.

(Lebhafter Beifall)

Professor Dr. Norbert Lammert

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Wolfgang Schulhoff! Sehr geehrte Frau Ministerin! Lieber Kollege Steinbrück! Liebe aktive und ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem nordrhein-westfälischen Landtag! Meine Damen und Herren! Es gibt manche Ungerechtigkeiten in der Welt, und auch die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen ist davon nachweislich betroffen. Sie treffen Gerechte und Ungerechte, manchmal die Richtigen, manchmal die Falschen, manchmal die Richtigen zu spät, manchmal die Falschen zu früh, aber scheinbar zu einem passenden Zeitpunkt.

(Heiterkeit)

Franz Kafka hat nie den Nobelpreis für Literatur erhalten, Mahatma Gandhi nie den Friedensnobelpreis. Und wenn man sich bei nationalen und internationalen Preisen nicht nur die Liste der Preisträger, sondern die virtuelle Liste derjenigen ansieht, die diese jeweiligen Preise nicht erhalten haben, dann wird man mindestens nachdenklich, jedenfalls demütig.

Wäre ich Mitglied der Jury gewesen, lieber Wolfgang Schulhoff, wären mir mindestens zwei mögliche Preisträger eingefallen, die aus verständlichen



Von links nach rechts:
Dr. Axel Fuhrmann,
Prof. Wolfgang Schulhoff,
Prof. Dr. Norbert Lammert,
Dr. Peer Steinbrück,
Dr. Thomas Köster

Gründen von der Jury offenkundig nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind. Der eine ist Thomas Köster, der heute an anderer Stelle eine angemessene Würdigung einer ungleich längeren und weiß Gott noch intensiveren Beschäftigung mit den Themenfeldern erfahren wird, mit denen ich mich in einem kleineren Teil meiner politischen Biografie besonders gerne beschäftigt habe. Und der andere ist mein Vater, der vorhin schon einmal zitierte Bäcker- und Konditormeister, dem ich – zugegebenermaßen nicht immer zeitgleich – eine Reihe von Einsichten verdanke, die für die etwas anders ausgefallene Laufbahn durchaus von Bedeutung geblieben sind.

Wenn man wie ich die ersten 20 Jahre seines Lebens in einem Handwerkerhaushalt verbracht hat, mit einer selbstverständlich in vollem Umfang in den Betrieb einbezogenen, aber ebenso selbstverständlich nicht bezahlten Mutter und sechs Geschwistern, die mal für diese und mal für jene Handlangerdienste zu gebrauchen waren, dann neigt man jedenfalls nicht mehr zu dem gelegentlichen Hochmut, dass diejenigen, die mit dem Kopf statt mit der Hand arbeiten, der mit Abstand leistungsfähigere Teil dieser Gesellschaft seien, sondern dann weiß man, dass viele davon – und hier steht ein lebendiges Beispiel – diesen Ausweg auch deshalb gesucht und gefunden haben, weil sie mit Produkten ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt gar nicht hätten bestreiten können,

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

was übrigens meinen Vater zu einem vergleichsweise sehr frühen Zeitpunkt in einer Mischung aus Souveränität und Resignation

(Heiterkeit)

zu der Einsicht brachte, dass mit seinem ältesten Sohn eine Aufrechterhaltung des Betriebes wohl schwerlich zu bewerkstelligen sein würde.

(Heiterkeit)

Vielleicht ist der sehr übersichtliche Beitrag, den ich in meiner politischen Laufbahn dann für die Interessen des Handwerks im Allgemeinen und für den Stellenwert der beruflichen Bildung im Speziellen geleistet habe, auch ein Stück Wiedergutmachung für diese eigenen Erfahrungen.

Ich bin Peer Steinbrück natürlich außerordentlich dankbar dafür, wie viel Mühe er sich gegeben hat, einen scheinbar schlüssigen Nachweis zu führen,

(Heiterkeit)

dass – jedenfalls in diesem Jahr – für diesen Preis ein anderer Preisträger schwerlich in Betracht kommen konnte.

(Heiterkeit)

Wäre ich, lieber Herr Steinbrück, als Parlamentspräsident nicht zu Überparteilichkeit verpflichtet,

(Heiterkeit)

würde ich nun sagen: Die Opposition neigt halt zu Übertreibungen. Aber ich gebe zu: Es gibt Übertreibungen, die man besser verkraften kann als andere, und durch manche Ihrer Bemerkungen fühle ich mich durchaus ermutigt, und falls mich wieder einmal ein Anruf meiner Kanzlerin erreicht, mit der gequälten Nachfrage, ob es denn wirklich dringend nötig gewesen sei, mich wieder einmal querzulegen, werde ich ihr sofort zur Auskunft geben: Ich denke gerade einmal wieder geradeaus.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, Ihnen ist für den heutigen Abend eine Ansprache mit drei Themen angedroht worden, die – jedes für sich – abendfüllend sind: Der Staat. Die Wirtschaft. Die Ethik.

Würde ich mich auch nur in die Nähe der Versuchung begeben, diese Themen enzyklopädisch behandeln zu wollen, würde die Ansprache natürlich anstelle des Abendessens stattfinden müssen. Ich will es deswegen mit einer sehr gerafften Befassung mit den Themen bewenden lassen, bei denen ich mich im Übrigen nicht erst seit dem heutigen Abend auch in manchen Einschätzungen, Wahrnehmungen und auch Schlussfolgerungen durchaus mit Peer Steinbrück einig weiß.

Wenn wir mit Blick auf die Rolle des Staates, der Wirtschaft und der Ethik von Ansprüchen und Erwartungen reden, dann gibt es eine, wie ich finde, sehr übersichtliche, knappe Zusammenfassung öffentlicher Erwartungen, die gerade in diesen Tagen aus einer Meinungsumfrage von Infratest dimap im Auftrag der ARD zu gewinnen war: Nach

dieser ganz jungen Umfrage glauben 82% der Deutschen, dass der Bundesrepublik das Schlimmste in der Schuldenkrise noch bevorstehe. 84% fürchten, dass Deutschland am Ende wesentlich mehr bezahlen müsse, als derzeit vorgesehen. 92% halten eine stärkere Kontrolle der Banken und Finanzmärkte für erforderlich. 61% befürworten eine Finanztransaktionssteuer. 62% halten den Abbau von Staatsschulden für deutlich wichtiger als das Senken von Steuern, und – das ist im Kontext der vorgetragenen Befunde fast der interessanteste Aspekt – 48% der Befragten halten die Staaten für mächtig genug, strengere Kontrollen durchzusetzen und die gewünschten Prioritäten zu realisieren. 47% trauen das den Staaten nicht mehr zu.

Damit ist, meine Damen und Herren, zu den Themen Staat und Wirtschaft sicher nicht alles Nötige gesagt, aber es wird fast plastisch, wie sich öffentliche Ansprüche und Erwartungen auf Sachverhalte und Akteure gegenwärtig verteilen. Dazu will ich ein paar Bemerkungen machen, insbesondere auch zu der Frage, ob und welchen Stellenwert in diesem Spannungsverhältnis zwischen Politik und Ökonomie ethische Orientierungen haben können und müssen.

Vor inzwischen gut 100 Jahren hat der vielleicht bedeutendste deutsche Sozialwissenschaftler, Max Weber, mit der ihm eigenen maßstabsetzenden Prägnanz die inneren Zusammenhänge zwischen protestantischer Ethik und dem Geist des Kapitalismus entdeckt und öffentlich dargestellt. Seitdem hat sich – freundlich formuliert – der Geist des Kapitalismus noch dynamischer entwickelt als die protestantische Ethik.

(Heiterkeit)

Vom Glanz und Elend der Eigendynamik kapitalgesteuerter Wirtschaftsprozesse hat uns nicht nur das 20. Jahrhundert reichlich Anschauungsmaterial geliefert, sondern auch und gerade die Jahrhundertwende vom 20. zum 21. Jahrhundert. Neben erstaunlichen Aufschwüngen und Aufstiegen hat es bemerkenswerte Abstürze gegeben. Dass Weltwirtschaftskrisen tatsächliche und vermeintliche Beinahe-Zusammenbrüche von Finanz- und

Gütermärkten nicht nur Statistiken ruiniert haben, sondern auch Biografien, dafür gibt es inzwischen reichlich Anschauungsmaterial.

Spätestens der letzte Aspekt macht die Frage nach der ethischen Dimension politischen und wirtschaftlichen Handelns nicht nur legitim, sondern dringlich – mal abgesehen davon, dass sich die im Allgemeinen breit akzeptierte, beinahe unangefochtene Konzeption einer sozialen Marktwirtschaft von ihren allerersten konzeptionellen Grundlagen her immer als eine ethisch orientierte und keineswegs auf ökonomische Nutzenkalküle reduzierte Wirtschaftsordnung verstanden hat. Auch da hat sich im Laufe der zu Recht gerühmten Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswunderlandes Deutschland manches verflüchtigt, was wir vielleicht besser etwas genauer im Blick behalten hätten, so dass es in der wissenschaftlichen Diskussion hoch interessante, durchaus ernst gemeinte Spekulationen zu der Frage gab, ob es denn so etwas wie Wirtschaftsethik überhaupt geben könne.

Niklas Luhmann, ein lange in Nordrhein-Westfalen lehrender, wiederum bedeutender deutscher Sozialwissenschaftler, hat in einer seiner zahlreichen Schriften einmal ausdrücklich die Vermutung geäußert, dass die Wirtschaftsethik zu der Sorte von Erscheinungen gehöre – wie auch die Staatsräson oder die englische Küche – die in der Form eines Geheimnisses aufträten, weil sie geheim halten müssten, dass sie gar nicht existieren.

(Heiterkeit)

Das ist, meine Damen und Herren, leider nicht ganz so witzig, wie es sich anhört. Man könnte unter dem Eindruck aktueller Entwicklungen hinzufügen, dass der Glaube an die Existenz der englischen Küche inzwischen weiter verbreitet ist als die Gewissheit vom Wirken der Staatsräson und schon gar die Verfügbarkeit von Wirtschaftsethik, was die Ernsthaftigkeit dieses Themas nur nachdrücklich unterstreicht.

Das Thema hat unendlich viele Aspekte. Der Aspekt, der uns im Augenblick – also in den letzten zwei, drei Jahren – in einer ganz besonderen und

so auch von niemandem vorher erwarteten Weise beschäftigt, ist insbesondere die dramatische Auseinanderentwicklung zwischen den Finanzmärkten auf der einen Seite und dem kleinen verbliebenen Rest, für den man inzwischen die wunderschöne Bezeichnung „Realwirtschaft“ gefunden hat. Da kommt alleine in der Terminologie ein Bewusstseinsprozess zum Ausdruck, von dem es noch schöner gewesen wäre, wenn er vor der großzügigen Deregulierung der Finanzmärkte stattgefunden hätte, an der wir alle in unterschiedlichen Rollen – der eine mehr, der andere weniger – beteiligt gewesen sind. Zum Teil übrigens in einer bemerkenswert irreführenden, aber erfolgreichen Inanspruchnahme des Freiheitsversprechens dieses Staates und seiner Wirtschaftsordnung, dass das, was heute technisch möglich sei, in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und Internet auch selbstverständlich erlaubt sein müsse. Da gibt es inzwischen vielleicht nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie aufgrund revitalisierter ethischer Orientierungen, sondern handfest schmerzhafter Erfahrungen neue Einsichten.

Es ist heute, lieber Wolfgang Schulhoff, übrigens fast einfacher als vor zehn Jahren, das hohe Lied des Handwerks zu singen, weil die zentrale Bedeutung des Handwerks für unsere Volkswirtschaft auch und gerade für die zu Beginn völlig zu Recht zitierte Krisenresistenz unserer Volkswirtschaft heute deutlicher ist als früher, nachdem die Leute Vergleiche anstellen können zwischen der Leistungsfähigkeit der Handwerker und der „Geldwerker“,

(Heiterkeit)

einschließlich der Frage, wo denn wirklich real Wertschöpfung stattfindet und wo sie simuliert wird. Das, was wir auf entgrenzten Weltfinanzmärkten erleben, ist eine gigantische Simulation von Wertschöpfung, die genau so lange hält, wie die Einbildung stabil bleibt.

(Beifall)

Mir gefällt es natürlich gut, wenn heute auch von führenden Bankenvertretern in Deutschland in aufgeklärten Interviews selbstkritische Fragen nachzulesen sind, wie beispielsweise die, ob es für die Fülle der Finanzprodukte, in denen sich die

Innovationskraft unserer Volkswirtschaften in den vergangenen zehn Jahren zu erschöpfen schien, wirklich Bedarf gibt und ob die Kunden, die diese Finanzprodukte gekauft haben, wussten, was sie kauften, und ob die Schöpfer dieser Finanzprodukte wussten, was sie konstruiert haben. Nachträglich ist man immer schlauer – fast immer. Heute wird man kaum noch jemanden treffen, der nicht alle drei Fragen mit einem glatten Nein beantwortet: Nein, einen Großteil dieser Produkte brauchen wir nicht. Nein, für einen Großteil dieser Produkte gilt, dass die Adressaten weder begreifen noch begreifen können, was ihnen da angedient wird. Und für das gigantische Desaster, das auf den Finanzmärkten in den vergangenen Jahren entstanden ist, ist eine der wenigen verbleibenden Entschuldigungen der Hauptmatadore, dass sie selbst nicht verstanden haben, was sie anderen angedient haben.

(Beifall)

Das führt auch nach meinem Eindruck, lieber Herr Steinbrück, zu einer neuen Vermessung der Zuständigkeiten zwischen Politik und Ökonomie. Dass auch da wieder ein Risiko möglicher Übertreibungen besteht, wird man einräumen müssen, und man wird auch nicht ganz überhört haben und deswegen auch nicht verdrängen dürfen, dass es auch hierzulande noch nicht so ganz lange her ist, als ernstzunehmende Leute bei Problemen der Automobilindustrie von der erkennbaren Versuchung geplagt waren, die Herstellung von Fahrzeugen notfalls der Bundesregierung anzudienen,

(Heiterkeit)

wenn konkrete Standorte unter privatwirtschaftlichen Bedingungen dazu nicht mehr in der Lage schienen. Das wird man im Auge behalten müssen. Aber dass wir im Ganzen – und gerade mit Blick auf die Finanzmärkte – nach den offensichtlichen Übertreibungen der Deregulierung wieder ein Mindestmaß von Regulierung brauchen, ohne das für Finanzmärkte das Mindestmaß an Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit nicht herzustellen ist, von dem jede soziale Ordnung und natürlich auch jede Wirtschaftsordnung lebt, daran kann nach den Erfahrungen der Vergangenheit kein Zweifel bestehen.

(Beifall)

Da wird die Politik neben der sorgfältigen Abwägung dessen, was nötig, und dessen, was möglich ist, auch noch manche Mutproben zu bestehen haben, weil sich schon jetzt sehr verlässlich erkennen lässt, dass die bestmögliche politische Regulierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zustande kommt, nämlich eine globale Vereinbarung, die für Weltmärkte gleiche Standards setzt. Diese Regelung wird es – jedenfalls in überschaubarer Zukunft – nicht geben, und man muss die Argumente ernst nehmen, die sich mit Blick gerade auf die Volatilität dieses Geschäftes aus unterschiedlichen Regelungen in verschiedenen Einzugsbereichen ergeben. Das ist wohl wahr. Allerdings – und da gibt es ein doch beachtliches Feld zum Austragen sowohl politischer Ziele als auch ökonomischer Kalküle und nicht zuletzt ethischer Orientierungen – ist dies auch ein Gegenstand, an dem sich die Ernsthaftigkeit neuer Abwägungen im Verhältnis zwischen diesen jeweiligen Anliegen abspielen wird und beweisen muss.

Ich gehöre mit Nachdruck zu denen, die auch in den eigenen Reihen dafür werben, dass das, was wir für unabdingbar notwendig halten, nicht daran scheitern darf, dass nicht alle, die daran am besten mitwirken sollten, zur Mitwirkung bereit sind, sondern dass eine Volkswirtschaft mit diesem Gewicht zusammen mit relevanten Partnern in Europa an dieser Stelle neue Standards setzen muss. Und wenn das – das füge ich freimütig hinzu – unter dem Gesichtspunkt von statistischen Spuren im Bruttosozialprodukt mit Einschränkungen verbunden sein könnte, weil ein Teil der Finanzgeschäfte, die in anderen Volkswirtschaften längst einen wesentlicheren Anteil haben als die gewerbliche Wirtschaft, dann möglicherweise den Standort für die rechtswirksamen Finanztransaktionen verändert, dann muss uns – ich meine das so, wie ich es sage – die Wiederherstellung der Mindestbedingungen der Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit von Märkten diesen Preis wert sein.

(Beifall)

Man könnte nun mit Blick auf anstehende Fragen der politischen sowie ökonomischen Verfassung der Europäischen Gemeinschaft natürlich viele ebenso aktuelle wie grundsätzliche Fragen

aufgreifen, die ich mit Blick auf das begrenzte Zeitbudget des heutigen Abends jetzt nicht anpacken will. Aber ich will, weil Peer Steinbrück dazu eine besonders schöne Vorlage gegeben hat, wenigstens auf einen Aspekt aufmerksam machen, bei dem ich den Eindruck habe, dass sich tatsächlich einmal mehr aus einer Krisenerfahrung eine Veränderung von Strukturen, von Kompetenzen, von Gewichten ergibt. Der gesamte europäische Integrationsprozess ist die Folge einer Krisenerscheinung. Das „Projekt Europa“ hätte es nicht gegeben ohne die größte Krise, die es in der europäischen Geschichte je gegeben hat, nämlich die Erfahrung von zwei Weltkriegen, die beide von Europa ihren Ausgang genommen haben.

Natürlich hat sich die Europäische Gemeinschaft – von den sechs Gründungsstaaten angefangen bis zu den heute 27 auf der nach oben scheinbar offenen Richterskala –

(Heiterkeit)

jeweils über Krisenerfahrungen weiterentwickelt. Wie denn sonst! Denn das Geschäft dieses Integrationsprozesses bestand zunächst eher vorsichtig – vielleicht sogar unbewusst – und zunehmend immer merklicher in der Abtretung von Souveränitätsrechten, die zu den typischen Kompetenzen von Nationalstaaten gehören. Diese Europäische Gemeinschaft ist auch deswegen ein historisch ebenso beispielloser wie beispielhafter Vorgang, weil es dieses Modell in der Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat, dass sich Nationalstaaten durch Verträge verpflichten, Zuständigkeiten, die sie haben, an eine Gemeinschaft zu übertragen, die kein Staat ist und bezüglich derer sie im Übrigen lautstark verkünden, dass sie auch keiner werden soll, was ich – etwas leiser formuliert – für einen Kern des Problems halte, weil ich nicht glaube, dass diese kunstvolle Akrobatik beliebig lange durchgehalten werden kann. Jedenfalls machen wir in diesen Monaten die Erfahrung, dass der wiederum historisch gut begründete Ehrgeiz, den ökonomischen Integrationsprozess deutlich vor dem politischen herlaufen zu lassen, an Grenzen gestoßen ist, dass dies jedenfalls kein strukturell stabiler Zustand ist und dass wir eher durch glückliche Umstände in

den ersten Jahren der Währungsunion von den Krisen verschont geblieben sind, die sich aus diesem Ungleichgewicht ergeben haben, und dass wir nun – spätestens, nachdem die Krisen praktisch geworden sind – dieses Ungleichgewicht lösen müssen. Theoretisch kann man Ungleichgewichte nach der einen oder anderen Seite auflösen.

Ich finde es sehr ermutigend, dass wir in diesem Land, in diesem Parlament, in der Lage sind, über solche Fragen nicht nur nüchtern und leidenschaftlich zugleich zu diskutieren, sondern dazu Mehrheiten zu bilden, die weit über das typische Rollenverständnis von Koalition hier und Opposition da hinausgehen. Sie müssen in Europa lange laufen, um einen zweiten Mitgliedsstaat zu finden, bei dem das auch nur in ähnlicher Weise möglich ist. Dass wir uns alle immer wieder – auch heute Abend – für die im europäischen und im internationalen Vergleich ungewöhnliche Stabilität der politischen wie der wirtschaftlichen Verhältnisse beglückwünschen können, hängt auch mit dieser Kultur ganz wesentlich zusammen. Deswegen finde ich es außerordentlich beruhigend, dass – von einer Minderheit abgesehen, die es gottlob auch gibt; denn irgendetwas wäre nicht normal, wenn es zu einer Frage von diesem Gewicht nur eine Meinung gäbe – es eine haushohe Mehrheit dafür zu geben scheint, dass dieses Ungleichgewicht nicht dadurch gelöst werden kann, dass wir die ökonomische Integration auf das Maß der bereits gefundenen politischen zurückführen, sondern dass wir die politische Integration fortsetzen müssen, um uns die ökonomische Integration erlauben zu können, die wir längst beschlossen haben.

(Beifall)

Kostenlos wird das übrigens nicht,

(Heiterkeit)

weder pekuniär noch politisch, wobei all diejenigen, die die nicht ganz unbegründete Sorge haben, dies werde dann für Deutschland regelmäßig besonders teuer, immer gleichzeitig daran denken müssen, dass es kein anderes Land in Europa gibt, das von diesem Integrationsprozess auch nur annähernd so stark profitiert wie wiederum Deutschland.

Wir erleben in dieser Krise eine zweite interessante Veränderung, nämlich eine Neuvermessung des Verhältnisses von Exekutive zu Legislative. Das ist deswegen auf den ersten Blick besonders erstaunlich, weil nun eigentlich erstens internationale Verhandlungen klassisches exekutives Handeln sind und weil zweitens insbesondere Krisenzeiten eigentlich nicht gerade das Eldorado für parlamentarische Beratungs- und Entscheidungsprozesse sind. Umso auffälliger ist das, was sich im Augenblick unter einer bemerkenswert tatkräftigen Flankierung des Bundesverfassungsgerichts abspielt. Das nämlich wiederum seine eigenen, nicht völlig frei erfundenen, Zweifel an der Verfassungskonformität ständig weiterer Integrationsfortschritte im Kontext des Grundgesetzes mit dem, wie ich finde, verfassungspolitischen Geniestreich verbindet, und sagt: Wir als Verfassungsgericht wollen nicht die Grenzen der Integration bestimmen. Aber wir sagen: Die Mindestvoraussetzung für die Verfassungskonformität der Übertragung nationaler Souveränitätsrechte ist nicht die völkerrechtliche Vereinbarung von Regierungen, sondern die Zustimmung des gewählten Parlaments. Und da das Gericht im Griechenland-Urteil für auch in Zukunft unvermeidliche haushaltswirksame Verpflichtungen, die Regierungen in internationalen Verhandlungen eingehen, die vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Voraussetzung der Rechtswirksamkeit gemacht hat, ist dies ein Datum nicht nur in der Verfassungsgeschichte unseres Landes, sondern es wird auch das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament neu justieren.

Weil Peer Steinbrück vorhin völlig zu Recht darauf hingewiesen hat, dass wir in Deutschland immer noch eine Neigung zur Unterschätzung von Kompromissen sowie diese voreilige Neigung haben, anzunehmen, wenn der eine irgendetwas durchgesetzt habe, dann müsse der andere wohl etwas verloren haben, finde ich die Erfahrung aus der Vorbereitung des letzten EU-Gipfels besonders glanzvoll. Es hat kein anderes Mitgliedsland in der Europäischen Gemeinschaft gegeben, bei dem in der gleichen Taktfolge wie bei uns parlamentarische Beratungen und Regierungsverhandlungen in Brüssel stattgefunden haben.

Dass wir diesmal die Premiere eines zweigeteilten Gipfels hatten, hatte übrigens nichts mit dem albernem Anspruch des Parlamentes zu tun, die Regierung bei Verhandlungen zu stören, sondern mit der Komplexität der Materie. Am Freitag der Sitzungswoche, auf die der Gipfel am Sonntag folgte, gab es nichts, über das wir hätten beraten oder beschließen können. Wir hatten noch im Ältestenrat am Donnerstag der gleichen Woche ausdrücklich zu Protokoll gegeben: Gibt es ein beratungsfähiges Ergebnis, treten wir am Samstag und, sofern es hilft, auch am Sonntagmorgen zusammen. Es gab aber nichts, was hätte beraten oder entschieden werden können, was ich ohne Unterton eines Vorwurfs sage. Denn die Verhältnisse sind so kompliziert, wie sie sind.

Aber als es dann beratungs- und entscheidungsfähige Ergebnisse gab, hat es bei uns – wie es sich gehört – eine Regierungserklärung gegeben. Dieser Regierungserklärung ist eine intensive parlamentarische Debatte gefolgt, und am Ende dieser Debatte hat der Deutsche Bundestag von seinem Recht auf Stellungnahme Gebrauch gemacht, die nach dem sogenannten Parlamentsbeteiligungsgesetz nach dem Lissabon-Vertrag konstitutiv den Verhandlungsrahmen für die Bundesregierung setzt. Ich habe noch niemanden getroffen, der mir den Eindruck hätte vermitteln wollen, dass aufgrund dieser Abfolge die deutsche Bundesregierung geschwächt nach Brüssel marschiert wäre. Im Gegenteil: Selten hat eine Regierung bei einem so schwierigen Thema mit einer so starken Ausgangsposition verhandeln und deswegen nicht zufällig so stark unsere Erwartungen an eine angemessene europäische Lösung durchsetzen können, wie es in dieser Taktfolge möglich war. Ich behaupte im Übrigen nicht, dass das mit einer naturgesetzlichen Regelmäßigkeit immer genauso sein wird. Ich mache nur darauf aufmerksam: In diesem konkreten ersten Anwendungsfall ist es in einer bemerkenswerten Weise gelungen.

Zwei Bemerkungen zum Schluss: Als vorhin Wolfgang Schulhoff oder Peer Steinbrück – ich weiß nicht mehr, wer es war – meine vermeintlich

besonderen Verdienste im Zusammenhang mit der Förderung beruflicher Bildung hervorgehoben und der Präsident der Kammer das mit einem aktuellen Zitat aus einer bedeutenden Tageszeitung belegt hat, hat mir die beste aller meiner Freundinnen, Christa Thoben, spontan zugerufen, dieses Zitat sei pünktlich und passend zum Anlass formuliert. Das ist mit Blick auf das Interview schwer zu widerlegen, denn es ist heute erschienen.

(Heiterkeit)

Aber ich lege schon Wert auf den Hinweis, dass ich mit sehr ähnlichen Zitaten aufwarten könnte, die 20 und 25 Jahre alt sind und damals noch nicht in gleicher Weise unstrittig waren, wie das inzwischen hoffentlich der Fall ist. Ich habe in meiner Zeit im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft – und das war just die Zeit der sogenannten großen Wende, in der die Wiedervereinigung Deutschlands stattfand und in der auch viele Staaten in Mittel- und Osteuropa ihren Weg zu demokratischen Strukturen gefunden haben – ein großes Schlüsselerlebnis gehabt. Wir wurden von Delegationen überrannt, die sich für alles und jedes interessierten, darunter auch für unser Bildungssystem. Neun von zehn Delegationen interessierten sich nicht für unsere Schulen. Sie interessierten sich auch nicht für unsere Hochschulen. Sie interessierten sich für das System beruflicher Bildung.

Das war offenkundig nicht gänzlich verrückt, weil sie allesamt – die Ungarn wie die Polen, aber auch die Franzosen, die Iren oder die Portugiesen – den Eindruck haben, dass auch sie gute Schulen und gute Hochschulen haben. Aber die berufspraktische Ausbildung ist nirgendwo in der Welt besser organisiert als in Deutschland.

(Beifall)

Dieses System der dualen Berufsausbildung in der Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft hat international einen legendären Ruf, und wo immer in der Welt ernsthaft der Versuch unternommen wird, ein ähnliches System aufzubauen, ist das deutsche System das Muster der eigenen Anstrengungen.

Allerdings – und das ist die zweite Erinnerung, die ich lebhaft in meinem Langzeitgedächtnis gespeichert habe – kühlt die Begeisterung für dieses System sofort ab, wenn die Frage nach der Finanzierung gestellt wird

(Heiterkeit)

und wenn man den Leuten dann erläutert, dass der schulische Teil natürlich – wie alle anderen Schulen auch – öffentlich und dass der betriebliche Teil privat finanziert wird, also in der Verantwortung der Betriebe, der Unternehmen, die in einer für uns eigentlich selbstverständlichen Verbindung von Gewinnen und Verlusten, von Risiko und Haftung, von Zielen und Verpflichtungen auch die Kosten zu übernehmen haben, die sich aus einem solchen System ergeben. Die regelmäßige Antwort der Gesprächspartner war: Das wird sich bei uns nicht realisieren lassen.

Ich füge jetzt leise hinzu: Im Laufe der Jahre habe ich mich gelegentlich gefragt: Würden wir ein solches System heute in Deutschland einführen können, wenn wir es nicht glücklicherweise seit den Zunftverfassungen des Mittelalters schon vorgefunden hätten, als diese Republik gegründet wurde?

Dies gehört im wörtlichen und übertragenen Sinne zu den kostbarsten Erbschaften, die dieses Land übernommen und an künftige Generationen weiterzugeben hat.

(Beifall)

Natürlich ist damit eine der ganz wesentlichen Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und ihrer Stabilität auch und gerade in Krisensituationen verbunden.

Meine allerletzte Bemerkung ist ein Zitat, das den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Welten, in denen sich modernes Wirtschaften im 21. Jahrhundert abzuspielen scheint, hoffentlich noch einmal verdeutlicht. Es ist von Peter Sloterdijk – kein Ökonom, aber ein kluger Zeitgenosse –, der in seinem Buch mit dem Titel „Im Weltinnenraum des Kapitals“ folgenden denkwürdigen Satz geschrieben hat: „Die Haupttatsache der Neuzeit ist

nicht, dass die Erde um die Sonne, sondern dass das Geld um die Erde läuft.“

Er hat, meine Damen und Herren, nicht von der Hauptsache, sondern von der Haupttatsache gesprochen und aus gutem Grund das eine von dem anderen unterschieden. Diesen Unterschied müssen wir wiederentdecken – die Wirtschaft ebenso wie die Politik.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

(„Harlem Nocturne“)

Professor Wolfgang Schulhoff

Meine Damen und Herren! Wir müssen noch etwas machen, was für uns auch eine Herzensangelegenheit ist.

Ich bin tief gerührt. Beide Reden waren launig, unterhaltsam und auch beeindruckend – beeindruckend in den Ausführungen. Wir hätten hier noch gerne länger zugehört, wenn nicht das Buffet auf uns warten würde.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das war ein Highlight in unserem Handwerksleben hier. Das war ein wirkliches Highlight.

(Beifall)

Ich darf nun auch unsere stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Löhrmann, recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Jetzt käme eigentlich ein weiteres Highlight, wenn ich denn dazu kommen dürfte. Aber der, um den es geht, hat es nicht gewollt. Das ist schade. Denn ich hatte mir anlässlich des Ausscheidens von Thomas Köster so einiges ausgedacht.

(Heiterkeit)

Ich hätte gerne explizit über seine bedeutende Arbeit im Rahmen des Röpke-Symposiums referiert. All das hatte ich mir vorgestellt.

Ich wollte beispielsweise auf Haftung eingehen. Ich werde Ihnen, lieber Norbert Lammert und lieber Peer Steinbrück, gleich zwei Bücher überreichen, die wir uns schon im Vorfeld der Änderung des Aktienrechts hier ausgedacht haben.

Ich hätte gerne über Thomas Köster als einen bedeutenden Nationalökonom und hier insbesondere als Ordnungspolitiker gesprochen, über einen Mann, für den Freiheit, Verantwortung und Haftung unabdingbare Forderungen einer jeden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Aber er hat es nicht gewollt.

Gerne hätte ich auch Thomas Köster als den langjährigen Motor unserer Kammer und als die treibende Kraft im gesamten deutschen Handwerk beleuchtet, beispielsweise als Vater unserer großen Kampagne hier – ich habe eben darauf aufmerksam gemacht.

Ich hätte ihn sehr gerne mit einem eigenen Symposium geehrt und gewürdigt. Dabei hätte ich mir vorgestellt – das wäre heute der richtige Rahmen –, zahlreiche Persönlichkeiten aus Handwerk und Wirtschaft, aus Politik und Wissenschaft zu Wort kommen zu lassen, damit die Breite seines beeindruckenden Wirkens nach außen hätte deutlich werden können. Denn Thomas Köster hinterlässt auf vielen Gebieten tiefe Spuren. Wer ihn kennt, der weiß das, und die meisten hier kennen ihn ja.

Auch hätte ich gerne über seine Zivilcourage, seinen Mut, seine Gradlinigkeit, sein Streben nach Gerechtigkeit, sein soziales Engagement und letztlich über seine Güte und Bescheidenheit gesprochen.

Ich hätte gerne ganz persönlich darüber gesprochen, was er mir als Freund bedeutet. Aber er hat es nicht gewollt.

(Heiterkeit und Beifall)

Was bleibt mir angesichts dessen noch, außer ihm für all das, was er für uns, für das Handwerk und für die Gesellschaft getan hat, herzlich zu

danken? In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch Deine liebe Frau Beate mit ein. Das sollte man nie vergessen.

(Beifall)

Gleichzeitig möchte ich ihm – es ist ja noch im Zeitrahmen – hier ganz herzlich zu seinem 65. Geburtstag gratulieren. Also, lieber Thomas, Dank und Glückwunsch!

(Beifall)

Lieber Thomas, du hast mich an Vielem gehindert. Aber an einem ließ ich mich nicht hindern: Dir nämlich ein Geschenk zu machen. Wir haben Dir das jetzt gerade erschienene Buch „Eigentümergeverantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft“ – das passt heute wunderbar – gewidmet, welches ich Dir nun überreichen darf.

(Beifall)

Wir danken Dir für alles, was Du für uns getan hat. Ganz herzlichen Dank!

(Lang anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir haben für jeden Anwesenden ein Geschenk. Wir beschenken nicht nur ihn, sondern uns alle. Wenn Sie hinausgehen, liegt ein Buch für Sie bereit. Bitte nehmen Sie es mit als Andenken an den Abend. Aber lesen Sie es auch! Da stehen viele nette Dinge drin.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben festgestellt, dass ich, wie man trotz meiner Brille sehen kann, ein lachendes und ein weinendes Auge habe. Ein lachendes Auge – und das ist das Bleibende – habe ich, weil uns Thomas Köster in einer wichtigen Funktion – ich habe ihn darum gebeten – weiter erhalten bleibt. Er wird unser Röpke-Symposium, also auch unser Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft, weiter leitend führen – und zwar ohne Honorar und ohne Boni, um auch das einmal klarzustellen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich habe noch eine weitere freudige Nachricht. Wir haben für ihn einen Nachfolger gefunden, und ich bin sehr glücklich, dass wir in Herrn Dr. Axel Fuhrmann den richtigen Mann gefunden haben. Auch er ist heute Abend anwesend.

(Beifall)

Wir haben keinen Headhunter eingeschaltet, sondern wir haben selbst die Verantwortung übernommen,

(Heiterkeit)

und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass er diesen Weg im vorgegebenen Sinne weiter beschreiten wird, dass er aber auch, der Jugend entsprechend, neue Akzente setzen wird.

Das war es an sich, was ich Ihnen hier zu sagen hatte. Ich darf mich noch einmal bei allen ganz herzlich bedanken. Ich werde jetzt zu Dr. Köster überleiten, der das Schlusswort halten wird. Herzlichen Dank nochmals!

(Beifall)

Dr. Thomas Köster

Meine Damen und Herren! Das war für mich soeben natürlich ein sehr bewegender Augenblick. Für einen solchen Wirtschaftsbereich wie das Handwerk arbeiten zu dürfen, ist keine gleichgültige Sache, sondern Sinnerfüllung, für die ich zutiefst dankbar bin. Ich schaue mich einmal um. Ich bin mit sehr vielen von Ihnen gemeinsame Wegstrecken gegangen, und insofern bin ich im Augenblick erfüllt von einem starken Gefühl der Dankbarkeit.

Ich danke als Erstes dem Handwerk für die Gestaltungschance in fast 40 Jahren. Wunderbare Menschen und keine Charaktermasken.

Ich danke Vorstand und Vollversammlung der Handwerkskammer Düsseldorf, die über diese Zeit meine Arbeitgeber gewesen sind. In dieser Zeit habe ich es immerhin mit elf NRW-Landeswirtschaftsministern zu tun gehabt.

(Heiterkeit)

Ich danke Georg Schulhoff, dem Namensgeber des heute verliehenen Preises, dem Kammerpräsidenten von 1948 bis 1985. Nur Friedrich Barbarossa hat länger geherrscht.

(Heiterkeit und Beifall)

Er hat mich in das Handwerk eingeführt, und wer ihn gekannt hat, hat ihn nicht vergessen.

(Heiterkeit)

Ich danke Hansheinz Hauser, der hier anwesend ist. Er war Kammerpräsident von 1985 bis 2002, also 17 Jahre lang. Ich sage das auch in Deinem Interesse, lieber Wolfgang Schulhoff, damit niemand meint, hier gebe es eine Erbmonarchie zwischen den Schulhoffs.

(Heiterkeit)

17 Jahre lagen dazwischen, und ich bin Zeuge davon.

Hansheinz Hauser war es, der die größten Demonstrationen anführte, die das Handwerk in Nordrhein-Westfalen je durchgeführt hat – teilweise sogar gegen seinen eigenen Landesparteivorsitzenden. Wir wissen, wer das gewesen ist.

(Heiterkeit)

Wer dabei war, wird es nie vergessen.

Ich danke Prof. Wolfgang Schulhoff, Kammerpräsident seit 2003, für geistige Symbiose beim tatkräftigen Eintreten für die Stärkung der Verantwortungskultur in diesem Lande, und zwar von Anfang an.

Die Soziale Marktwirtschaft der Gründerväter – das ist und bleibt auch im Rahmen unseres Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft unser Ding. Welch ein Kämpfer! Welch ein Temperament! Welch eine Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ich danke Wolfgang Miehle, der heute nicht hier sein kann, und Hans Rath für ihre entscheidenden Beiträge zur Einigkeit im nordrhein-westfälischen Handwerk. Herr Bundestagspräsident, man muss seine eigenen Reihen ja immer zusammenhalten.

(Heiterkeit)

Ich danke Jürgen Jeske, dem langjährigen Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der als erster herausragender Publizist die Bedeutung des Handwerks als Säule der Sozialen Marktwirtschaft erkannt hat, und ich freue mich besonders, dass Sie, lieber Herr Jeske, heute hier sind. Danke schön.

(Beifall)

Ich danke meinen Kollegen aus befreundeten Handwerksorganisationen, die aus nah und fern, von Flensburg bis Passau, von Dresden und München bis Berlin, den Weg heute hier nach Düsseldorf gefunden haben, mit Herrn Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, an der Spitze.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern der Handwerkskammer für große Leistung und hohe Motivation. Das alles ist nur möglich durch ein wunderbares Team, das wir hier im Hause haben, und ich danke meinen Kollegen in der Geschäftsführung in der Kammer für ausgezeichnete Zusammenarbeit und darf Sie alle bitten, das mir entgegengebrachte Vertrauen auch meinem Nachfolger, Herrn Dr. Fuhrmann, in gleicher Weise zuteil werden zu lassen.

(Beifall)

Norbert Lammert hat vorhin seinen Vater erwähnt. Ich danke meinen verstorbenen Eltern, die mich auch in schwierigen Phasen großzügig gefördert haben. Auch ich komme übrigens aus einem Handwerkerhaushalt. Mein Vater war Obermeister. Mein Großvater war Obermeister.

(Heiterkeit und Beifall)

Was Sie, Herr Bundestagspräsident Norbert Lammert, eben im Hinblick auf unsere spezifische Qualifikationskultur gesagt haben, hat kein menschliches Gehirn auf einen Schlag erdacht, sondern sie hat sich als geronnene Erfahrung entwickelt. Das ist der kulturelle Code unseres Landes, und den dürfen wir uns von niemandem kaputt machen lassen.

(Beifall)

Ich danke an erster Stelle und vor allem meiner lieben Frau. Das hat Wolfgang Schulhoff eben schon getan, aber ich darf das sehr stark unterstreichen. Sie ist meine stärkste Stütze, meine Erdung, das Glück meines Lebens.

(Beifall)

Immer gilt: An Gottes Segen ist alles gelegen.

Ich schließe mit dem Wort einer großen Persönlichkeit, das immer dann helfen kann, wenn

man beim Kampf für Soziale Marktwirtschaft, für Mittelstand und Handwerk neue Motivation benötigt. Es lautet:

„Wir wissen, was wir tun, ist nur ein Tropfen im Ozean. Doch ohne diesen Tropfen wäre der Ozean kleiner, weil der Tropfen fehlen würde.“

(Heiterkeit und Beifall)

Bevor ich Sie auch im Namen von Präsidium, Vorstand und Vollversammlung unserer Kammer zu einem festlichen Abendessen einlade, hören wir das Musikstück „Now Or Never“. Jetzt oder nie hatte ich die Gelegenheit, noch einige Botschaften loszuwerden. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

(„Now Or Never“)

(Beifall)

Ausgewählte Veröffentlichungen

6/11	Lagebericht Handwerk Herbst 2011	6/03	Wissenschaftliches Symposium – Im Gedenken an den Innovationsforscher Prof. Dr. Erich Staudt
5/11	Werkbund – Bauhaus und Handwerk neu gesehen	5/03	Man muss Zuversicht pflanzen – auch bei jungen Menschen Ausbildung – Hauptaufgabe einer demokratischen Gesellschaft
4/11	Handwerk in Zahlen 2011	2/03	Die Novellierung der Handwerksordnung – Anschlag auf die Qualifikationskultur des Handwerks?!
3/11	Ambitionen junger Meisterinnen und Meister im Handwerk – Jungmeisterumfrage (digital)	4/02	e-Learning im Handwerk – Beispiele – Chancen – Perspektiven
2/11	Lagebericht Handwerk Frühjahr 2011	2/02	Ausländer – Stütze des Handwerks Die berufliche Integration ausländischer Mitbürger in das Handwerk
1/11	Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem. Vortrag von Präses Nikolaus Schneider	1/01	Kammern der Zukunft oder Zukunft ohne Kammern?
5/10	Lagebericht Handwerk Herbst 2010	4/99	Neue Informations- und Kommunikationstechniken im Handwerk
4/10	60. Meisterfeier 2009, 61. Meisterfeier 2010	2/99	Gesundes Handwerk in Nordrhein-Westfalen
3/10	Handwerk in Zahlen 2010	2/98	Handwerk in Rußland – Die Rolle regionaler ökonomischer Selbstverwaltungsorganisationen/ Kammern bei der Entwicklung des Handwerks Rußlands
2/10	Ambitionen junger Meisterinnen und Meister im Handwerk – Jungmeisterumfrage (digital)	1/98	Facility-Management – Gefahr für das Handwerk?
6/09	Die Reform der sozialen Marktwirtschaft	3/97	Europäische Konferenz: Betriebsübergabe in der Praxis
5/09	Richard Sennett: Verleihung des europäischen Handwerkspreises und Dokumentation des „Sennett-Workshop“	2/96	Der Beitrag des Handwerks zur beruflichen Integration ausländischer Mitbürger
4/09	Energiewende in Deutschland	1/96	Wohlstand durch Eigenverantwortung – Kleine und mittlere Unternehmen als Rückgrat der Wirtschaft in Moskau (2. überarbeitete Auflage der Ausgabe 3/93)
2/09	Motive und Ambitionen für die Aufstiegsfortbildung zur Meisterin/ zum Meister im Handwerk „Jungmeisterumfrage“ (digital)	1/94	Zur Selbständigenlücke im Handwerk
5/08	1958 – 2008: 50 Jahre Stiftung Wilhelm-Heinrich-Riehl-Kolleg	3/93	Wohlstand durch Eigenverantwortung – Kleine und mittlere Unternehmen als Rückgrat der Wirtschaft in Moskau
4/08	Wir sind für Sie da – Der Service der Handwerkskammer Düsseldorf 50 Beispiele - 50 zufriedene Handwerker	4/92	Regionalisierte Absatzstrukturen im Handwerk
4/07	Das Maß des Menschen – Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert	9/91	Das Handwerk im europäischen Binnenmarkt
3/06	Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft	7/91	Das Handwerk in Leipzig
5/05	Tradition und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Handwerk und Mittelstand	5/91	Fünf Jahre nach der Meisterprüfung
1/05	Die genossenschaftliche Selbsthilfe – heute aktueller denn je	4/91	Umweltschutz im Handwerk – Ergebnisse einer Betriebsbefragung im Handwerkskammerbezirk
4/04	Wer umgelegt worden ist, kann nicht mehr ausbilden Ausbildung – eine gesellschaftspolitische Herausforderung	2/91	Karriere im Handwerk – Eine Untersuchung bei den Jungmeistern des Jahres 1990
3/04	Schwarzarbeit – Moralische und wirtschaftliche Erosion oder Ventil für Leistungsträger?		

Handwerkskammer Düsseldorf
Georg-Schulhoff-Platz 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 8795-0
Telefax 0211 8795-110
www.hwk-duesseldorf.de
info@hwk-duesseldorf.de